



**Stellungnahme der Freireligiösen Landesgemeinde Pfalz  
zum Artikel „Plädoyer für den Erhalt der Religionsfreiheit“,  
Rheinpfalz, Donnerstag, 08.12.2011 (Südwestdeutsche Zeitung)**

**Religionsfreiheit ist nicht Freiheit für Kirchen allein**

Der Bericht über die Aussagen von Kirchenpräsident Christian Schad macht deutlich, dass einiges durcheinander geworfen wird, denn Religions- und Weltanschauungsfreiheit, wie sie vom Grundgesetz garantiert wird, ist eine Freiheit des einzelnen Menschen, nicht einer Institution. Einzelne Menschen haben das Recht, sich zu Gemeinschaften religiöser und weltanschaulicher Art zusammenzuschließen, woraus sich aber noch keine Bevorzugung bestimmter Formen dertartiger Zusammenschlüsse ableiten lässt. Kirchen als Institutionen sind zwar Ausdruck dieser Freiheit, können aber für sich daraus keine Sonderrechte ableiten wie es weiterhin getan wird, wenn Kirchenvertreter z. B. eine Sonderrolle bei Anhörungen zu Gesetzen erhalten.

Falsch informiert ist Schad auch, was die Ablösung von Staatsleistungen, wie sie u. a. von Lindner gefordert werde, angeht, denn diese Forderung bezieht sich nicht auf die staatliche Unterstützung für kirchliche Kindergärten, sondern beinhaltet das Ende jener Staatsleistungen, auf das der Staat schon in der Weimarer Verfassung verpflichtet wurde, vom Grundgesetz übernommen und bis heute nicht umgesetzt wurde. Der grundgesetzlich verankerte Religionsunterricht durchbricht die ebenfalls verankerte Trennung von Staat und Kirche, vor allem auch deswegen, weil längst nicht alle Religionen und Weltanschauungen solchen Unterricht erteilen können auch aufgrund von staatlichen Vorgaben, die sich an der institutionellen Form von Kirche orientieren, was wiederum eine Verletzung der Religionsfreiheit darstellt.

Auch der Staat hat Antworten auf lebenspraktische Fragen junger Menschen im Unterricht zu geben, so den Wert von Demokratie und Menschenrechten zu vermitteln, und er hat einen Auftrag zur objektiven Information über Religionen und Weltanschauungen, um damit die subjektiven Antworten der Religionen und Weltanschauungen durch eine breit gefächerte Information zu ergänzen und damit die Integration und das gegenseitige Verständnis in einer weltanschaulich pluralen Gesellschaft zu fördern.

Siegward Dittmann  
Präsident

Renate Bauer  
Landessprecherin